

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 3

49. Jahrgang

März 1995

*Es ist geschehen, und folglich kann es wieder
geschehen.*

Primo Levi

Wieviel Erinnern?

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, wie schwer Deutsche sich weiterhin im Umgang mit den Verbrechen des Dritten Reiches tun, dann könnte ihn die widersprüchliche Haltung gegenüber dem Thema Erinnerung bieten. Vereinfachend lassen sich zwei Grundtendenzen unterscheiden: Die einen sind der Ansicht, es geschehe viel *zu wenig* an Erinnerungsarbeit, die anderen finden, daß um dieses Thema *zuviel* Auflebendes gemacht werde.

Wer die erste der beiden Haltungen einnimmt, die ältere, beklagt seit langem die mangelnde Bereitschaft der Deutschen, sich der Erinnerung an die Shoa auszusetzen. Geradezu pathologischer Erinnerungsverlust, Verdrängung des Geschehenen wird beklagt. Die zweite, die jüngere, wehrt sich zunehmend und zunehmend deutlicher gegen eine Art des Erinnerns, die die Menschen dieses Landes daran hindere, zu nationaler Identität zu finden, und kritisiert eine für die politische Öffentlichkeit Deutschlands beherrschend gewordene Sprache falscher Betroffenheit.

Braucht das vereinte Deutschland ein Shoa-Mahnmal?

Entstanden sind diese beiden Tendenzen in ausgesprochen unterschiedlichen historischen Kontexten. Die erste reicht bis in die Zeit zurück, in der man sich in Deutschland – befördert durch die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Umbrüche in der Zeit um 1968 – schockartig bewußt wurde, wie halbherzig und unzureichend man sich in den ersten zehn, 15 Jahren der Nachkriegszeit mit der jüngsten Geschichte befaßt hatte, wie Wiederaufbau und Gewinnung

einer den übrigen westlichen Ländern vergleichbaren Prosperität alle Energien absorbiert hatten. Für mehr fehlte offenbar nicht nur Zeit und Energie, sondern wohl auch die innere Bereitschaft.

In Schule, Universität und Medienöffentlichkeit setzte eine vermehrte Auseinandersetzung mit diesem schwierigerem Thema ein. Vielerorten bemühte man sich, etwa an früheren Standorten von Synagogen, die im November 1938 den Flammen zum Opfer fielen, mit Hilfe von Gedenktafeln und Mahnmalen, in Familie, Schule, Kirche und Medien an das gewaltsame Ende jüdischer Präsenz in den deutschen Städten zu erinnern. Synagogen wurden, mitunter auch an den Bedürfnissen der bestehenden jüdischen Gemeinden vorbei, restauriert, jüdische Friedhöfe wieder zugänglich gemacht u.ä.m.

Gerade im kirchlichen Raum fand diese Haltung entschiedene Unterstützung. *Johann Baptist Metz* machte die „erinnernte Leidensgeschichte“ zur Schlüsselkategorie einer Theologie, die die kritisch-befreiende Kraft des Gottesglaubens der Juden und Christen freilegte. Seinen prominentesten Niederschlag in einem für die Ortskirchen in Deutschland zentralen, wenn auch immer noch unzureichend re-zipten Text fand dieser Ansatz im Dokument „Unsere Hoffnung“ der Gemeinsamen Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland; darin finden sich Sätze, die nun in der Erklärung der deutschen Bischöfe aus Anlaß des 50. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz bekräftigt wurden (vgl. ds. Heft, S.133).

Eine neue Situation entstand im Zuge der Veränderungen in Deutschland nach dem November 1989, dem Beitritt der ehemaligen DDR, der Wiedererlangung voller staatlicher

Souveränität und dem Beschluß des Deutschen Bundestages, Berlin die Hauptstadtfunktionen zurückzugeben, die die Stadt in den 40 Jahren des Viermächtestatus nicht haben konnte. Nicht nur, daß das Ausland heute genauer denn je auf die Art und Weise schaut, mit der Deutschland sich der eigenen Vergangenheit stellt. In dem Maße, wie Berlin wieder anknüpft an seine frühere Hauptstadtrolle, traten auch die Orte innerhalb Berlins wieder stärker ins Bewußtsein, die für Deutsche und Nichtdeutsche fest mit der Erinnerung an den Terror des nationalsozialistischen Deutschlands verbunden sind, seine imperialistische Politik, vor allem die „Endlösung der Judenfrage“.

Nicht die Erinnerung ist die wahre Gefahr

50 Jahre nach Kriegsende und nach dem Ende einer von den unmittelbaren Kriegsfolgen geprägten provisorischen Staatlichkeit des geteilten Landes, so lautete daher die Forderung, sei es an der Zeit, endlich als vereintes Deutschland in repräsentativer Form der Opfer der Shoa und allen von Deutschen und im Namen Deutschlands in jener Zeit begangenen Verbrechen bzw. deren Opfern zu gedenken. Die Konservierung der Orte des Grauens allein reiche nicht – ganz zu schweigen von der Frage, wie lange dies überhaupt noch möglich und sinnvoll ist. An die Gestaltung des künftigen Berlin als Regierungssitz des vereinten Deutschlands dürfe man, lautet eine weitere Forderung, nicht gehen, ohne auch die dunkle Seite der Stadt ins Bewußtsein zu heben.

Im November vergangenen Jahres veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (11.11.94) eine Mahnung gegen ein angeblich inflationäres Gedenken in Deutschland. Eine „späte Flut der Mahnmäler“ werde „für kommende Geschlechter vom narzißtischen Betroffenheitskult unserer Zeit zeugen“. Die Nachgeborenen würden mit einem „Beschuldigungsritual konfrontiert, das sie nicht trifft“. Anderorts war inzwischen Ähnliches zu lesen.

Angesichts der Schwierigkeiten in der Vergangenheit, auch nur kleine und kleinste Schritte der eingeforderten Erinnerungsarbeit zu realisieren, mutet die Warnung vor dem Zuviel allerdings weit überzogen an. Heutige Projekte und Pläne sind nicht zuletzt ein *Reflex des früher Versäumten*. Vor lauter bemühter Warnung vor Banalisierung, Ritualisierung, Betroffenheitskult droht die fällige Erinnerungsarbeit verhindert zu werden, noch ehe es sie überhaupt in nennenswertem Umfang gibt.

Vor lauter Bedenken gegenüber bestimmten, im einzelnen möglicherweise auch fragwürdigen und verbesserungsfähigen Formen des Erinnerns darf das Wesentliche nicht vergessen werden, wie es *Richard von Weizsäcker* bei der Entgegennahme des Leo-Baeck-Preises in Frankfurt im November letzten Jahres formulierte: „Nicht die Erinnerung, sondern das Vergessen (ist und bleibt) die wahre Gefahr, und sie kann sich auf allen möglichen Wegen heranschleichen“.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als werde in den stärker werdenden Vorbehalten gegenüber einem vermeintlichen Zuviel an Erinnerung lediglich Kritik geübt an bestimmten Formen der Überreaktion, einer an die „political correctness“ gemahnenden Entschlossenheit im Verfolgen an sich gutgemeinter Ziele. Aber ist das wirklich alles? Wird nicht doch die Notwendigkeit von Erinnerung ein gutes Stück weit zu relativieren versucht?

Läuft man nicht doch Gefahr, unter dem Gewand derjenigen, die vorgeben, ein trivialisiertes Erinnern verhindern zu wollen, faktisch das Spiel derer zu betreiben, denen an der fälligen Erinnerungsarbeit kaum gelegen ist? Das unentwegte Abwehren einer angeblichen fortgesetzten Stigmatisierung der Deutschen im Zeichen von Auschwitz gerät eben doch leicht in die Nähe der Bestrebungen derer, denen es um ein zweifelhaftes Aufrechnen des Unaufrechenbaren, um Vergleiche mit Unvergleichbarem zu tun ist, um „Schlußstrich“ und „Normalität“.

Hinter der Diskussion dieses Themas verbirgt sich indes noch etwas anderes. Die Rollen im politischen Diskurs in Deutschland sollen neu verteilt werden. Es melden sich gerade auch diejenigen vermehrt zu Wort, die den Eindruck haben, als würde die Gewichtung politischer Begriffe und Kategorien von einem links-liberalen Kartell vorgeprägt und dominiert. Die Einforderung der Erinnerung an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte gilt ihnen bis heute als ein „linkes“ Steckenpferd. Auch das Ende der Amtszeit des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker dürfte hier eine Rolle spielen. Seine Rede zum 8. Mai 1985 (vgl. HK, Juni 1985, 270 ff.) und ihr immenses Echo können nicht darüber hinwegtäuschen, daß über diese Frage in Deutschland kein Konsens herrscht, auch nicht in der Partei, die von Weizsäcker in das höchste Amt des Staates schickte.

Gibt es eine angemessene Form, des Geschehenen zu gedenken?

Die gegenwärtig verbreiteten Warnungen vor einem vermeintlichen Zuviel an Erinnerung, vor angeblicher Banalisierung des Gedenkens, vor einem „Beschuldigungsritual“, von dem die Nachgeborenen sich zunehmend distanzieren, hätten indes nicht diesen Widerhall gefunden, wenn sie nicht auch Richtiges, Bedenkenswertes enthalten würden: So kommt man nicht umhin zu realisieren, daß diese Erinnerungsarbeit schon des *zunehmenden zeitlichen Abstands* wegen nicht leichter wird. Der Anteil derjenigen, für die die Nazizeit nicht nur ein Kapitel im Geschichtsbuch, sondern Teil eigenen Erlebens ist, wird kleiner. D.h., die Gefahr, daß die Shoa zu einem Verbrechen *unter vielen anderen* herabsinkt, wird größer, unabhängig davon, ob man dies für verhängnisvoll hält oder aber für den „normalen Lauf der Dinge“.

Insofern kann auch weniger denn je darauf vertraut werden, daß bisherige Formen dieser Erinnerungsarbeit nur fortzu-

führen sind. Die Plausibilität der Erinnerungsarbeit unter denen, die den Krieg und Auschwitz noch erlebt haben, ist schon gering genug. Um wieviel notwendiger müßte es also sein, jüngeren Generationen einen Zugang zu ermöglichen, wobei das schlechte Gewissen der Elterngeneration als Begründung immer weniger taugen wird.

Auch an der Frage, ob unter den heutigen Bedingungen Museen, Gedenkstätten u. ä. nicht einer gewissen *Trivialisierung* unterliegen, kommt man nicht vorbei. Wenn man schon in der amerikanischen Hauptstadt Abstand nimmt von einem Geschichtspark à la Disney World, um wieviel mehr ist Vorsicht angebracht bei einem Thema, das sich nicht mit einer im wahrsten Sinne des Wortes inszenierten Geschichte „zum Anfassen“ verträgt.

Trotzdem: Der erste Satz des zitierten FAZ-Artikels lautete nicht: *Welches*, sondern *wieviel* Erinnern braucht das Land? Im Mittelpunkt steht also nicht die von Fall zu Fall zweifellos immer wieder zu stellende Frage, inwieweit konkrete Erinnerungsarbeit der erinnerten „Sache“, den erinnerten Opfern gerecht wird, inwieweit Grenzen dessen überschritten werden, was darstellbar und gerade im Zusammenhang mit der Shoa erträglich ist.

Es gebe keine angemessene Form, Auschwitz' zu gedenken, meinte unlängst der Historiker *Christian Meier* (FAZ, 27. 1. 95). Deswegen bringe es auch nichts, die alles in allem aner kennenswerten Versuche, sich dieser Geschichte offen zu stellen, geringzuschätzen. Meier spielte damit sowohl auf diejenigen an, denen die geleistete Arbeit seit langem unzureichend vorkommt, wie auch auf diejenigen, denen es langsam in mehrfacher Hinsicht zuviel wird.

Es gibt keine wirkliche Alternative zu einem immer vorläufig und unzulänglich bleibenden erinnernden Umgang mit der Shoa. Man kann die Kriterien so hoch schrauben, daß man faktisch als *Verhinderer* wirkt. Man kann die Anforderungen an die zu leistende Erinnerungsarbeit als so einzigartig definieren, daß dies die Kommunikation darüber praktisch verunmöglicht, weil schon der Versuch, es dennoch zu wagen, als Anmaßung ausgelegt wird.

Die Auseinandersetzung mit den beispiellosen Geschehnissen in Hitler-Deutschland kann im übrigen nicht *auf den wissenschaftlichen Raum* beschränkt werden – in der Hoffnung, dort sei man gegen bestimmte Verfremdungen, Peinlichkeiten, Profanierungen geschützt. Der Verlauf des sogenannten „Historikerstreits“ belegte das Gegenteil. Erinnerung, zumal wenn es um kollektiv bedeutsame Inhalte geht, kann nicht allein eine Frage fachwissenschaftlich-historischer Arbeit an Universitäten und Fachinstitutionen sein. Es braucht Formen, in denen die breite Bevölkerung, Staat und Gesellschaft an dieser Erinnerungsarbeit partizipieren können.

Daß diese Erinnerungsarbeit obendrein in *ritualisierter* Form geschieht, muß nicht gegen sie sprechen. Es gibt gelungene und weniger gelungene Formen der Ritualisierung. Die ritualisierte Gestaltungsform schafft Beständigkeit, Wiedererkennbarkeit, Sicherheit. Je schwieriger der Anlaß des Gedenkens, desto befreiender kann es mitunter sein, sich in ri-

tualisierten Formen bewegen zu können. Die Alternative wäre Gestalt- und Ausdruckslosigkeit – nicht ein vorgeblich erhoffter authentischer Ausdruck.

Die Warnung vor einem vermeintlichen Zuviel an Erinnerung wird nicht selten in Verbindung mit dem Verdacht geäußert, der Entwicklung eines gesunden *Selbstbewußtseins* der Deutschen individuell, aber erst recht als staatliche Gemeinschaft schade dies mehr als es nütze. Was könnte aber ein Selbstbewußtsein wert sein, das bereits die eigenen Schattenseiten nicht zu integrieren bereit oder in der Lage wäre? Auch geht es nicht darum, den Deutschen einreden zu wollen, das beispiellose Leiden von Auschwitz sei gewissermaßen konsequentes, notwendiges Ergebnis gerade ihrer nationalen Geschichte, ihres „Wesens“.

Erinnernde Solidarität schließt die Opfer von morgen mit ein

Erinnerung – das ist denjenigen zu sagen, denen an einem positiven Selbstbild der deutschen Nation gelegen ist – hindert niemanden daran, zu dem Selbstbewußtsein zu kommen, dessen er zu einem menschenwürdigen Leben bedarf. Erinnerung klagt niemanden an, den keine individuelle Schuld trifft. Erinnerung zielt auf eine auch über längere Zeiträume, über Generationen hinweg wirkende Verantwortung, die mit individueller Schuld nicht zu verwechseln ist.

Erinnerung ist *Solidarität mit den Opfern der Geschichte*, in diesem Fall: der jüngsten deutschen Geschichte. Alternative zum Erinnern ist das Verdrängen, und Verdrängung schafft bestenfalls falsches Selbstbewußtsein. Verdrängung der unaufälligen Geschehnisse in Hitler-Deutschland würde die damaligen Opfer nur ein weiteres Mal zu Opfern machen.

Erinnerung ist andererseits immer auch Zumutung, „gefährlich“ für den status quo, nicht nur bequem und bestätigend, nicht dekorative Zugabe, nett anzuschauen, aber folgenlos. Erinnerung ist mehr als das, was schlußendlich an schöngefärbten, harmonisierten und der Sache nach halbierten Gedächtnisfetzen einem „natürlichen“ Erinnerungsverhalten folgend irgendwann einmal übrig bleibt. Erinnerung ist immer auch Aufstand gegen ein „natürliches“ Vergessen.

Erinnerung hält sich im übrigen nicht nur in der Vergangenheit auf, sondern versucht, gewissermaßen die möglichen Opfer und Toten von morgen heute bereits in die Solidarität miteinzubeziehen. Sie betrauert ungelebtes Leben der Gegenwart und Zukunft nicht weniger als das der Vergangenheit, ohne die Leiden der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft auf eine Stufe zu stellen. Erinnerung in diesem Sinne läßt sich nicht einsperren in einen von politischen Alltagsfragen unberührten kulturellen Raum, selbst wenn damit nichts einfachhin präjudiziert ist, nichts leichter zu entscheiden ist, nicht auf eine Einsicht rekurriert werden könnte, die mühsam abwägender Wahrheitsfindung entzogen wäre.

Klaus Nientiedt